

Senatsbeschlüsse

über die 120. Sitzung des Senats

am 10.10.2017, 11:15 Uhr

- 3032.) Bürgermeister Hermann Hildebrand-Stiftung
Berufung (Nachfolge) eines Vorstandsmitgliedes aus dem Verein für Innere Mission durch den Senat
(Vorlage 1602/19)
-

Beschluss:

Der Senat beruft Frau Julia Stelljes als Vertreterin des Vereins für Innere Mission und Nachfolgerin von Frau Heide Holli für den Rest der Amtszeit bis zum 31.12.2019 in den Vorstand der Bürgermeister Hermann Hildebrand-Stiftung.

- 3033.) Entwurf einer Bremischen Verordnung zur Änderung laufbahn- und ausbildungsrechtlicher Vorschriften für die Beamtinnen und Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes
(Vorlage 1603/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen und des Senators für Inneres vom 09.10.2017)
-

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass vor „G. Beschlussvorschlag“ eingefügt wird:

„F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet. Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.“

2. Der Senat stimmt entsprechend der Doppelkopfvorlage der Senatorin für Finanzen und des Senators für Inneres vom 9. Oktober 2017 dem Entwurf einer Bremischen Verordnung zur Änderung laufbahn- und ausbildungs- rechtlicher Vorschriften für die Beamtinnen und Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes zu und bittet die Senatorin für Finanzen

- a) das Verfahren der Beteiligung der Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften im Lande Bremen gemäß § 53 Beamtenstatusgesetz i.V.m. § 93 Bremisches Beamtengesetz einzuleiten und
- b) diesen Entwurf entsprechend dem Beschluss der Konferenz Norddeutschland vom 11. April 2007 den Ländern Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zur Stellungnahme zuzuleiten.

3034.) Einleitung Bundesratsverfahren zur Neubenennung der Ländervertreter des Eisenbahninfrastrukturbeirates
(Vorlage 1604/19)

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass unter „A. Problem“ im letzten Satz hinter dem Wort „angezeigt“ das Wort „ist“ ersatzlos gestrichen wird.
2. Der Senat beauftragt den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr mit dem in der Anlage ersichtlichen Schreiben bei der Bundesratsdirektorin das Verfahren zu Neubenennung der Ländervertreter im Eisenbahninfrastrukturbeirat einzuleiten.

- 3035.) Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Bremischen Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt in der Fachrichtung Polizei (BremPolAPV)
(Vorlage 1605/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt den Entwurf einer Verordnung zur Änderung der BremPolAPV und bittet die Senatorin für Finanzen, diesen Entwurf

- a) gemäß § 53 Beamtenstatusgesetz i.V.m. § 93 Bremisches Beamtengesetz den zu beteiligenden Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften und
- b) entsprechend dem Beschluss der Konferenz Norddeutschland vom 11. April 2007 den Ländern Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zur Stellungnahme zuzuleiten.

- 3036.) "Erwerbsperspektiven für geflüchtete Frauen"
(Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
(Vorlage 1606/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1606/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:

- In der Antwort auf Frage 7 wird im ersten Satz nach den Aufzählungen nach dem Wort „Maßnahmen“ das Wort „ausschließlich“ eingefügt.
- Der letzte Satz der Antwort auf Frage 9 erhält die folgende Fassung:

„Ab 2018 sollen diesbezüglich gezieltere geschlechtsspezifische Förderungen für geflüchtete Frauen umgesetzt werden.“

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3037.) "Schaufenster Fischereihafen – Wie sieht die Zukunft aus?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der FDP)
(Vorlage 1607/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1607/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:
 - In der Antwort auf Frage 3 werden im dritten Satz die Wörter „dringend erforderlich“ durch das Wort „wünschenswert“ ersetzt.
 - In der Antwort auf Frage 4 wird nach dem ersten Satz eingefügt:

„Bisher gibt es hierzu keine Beschlussfassung im Senat.“
 - In der Antwort auf Frage 8 wird im ersten Satz des zweiten Absatzes das Wort „Senat“ durch „Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen“ ersetzt.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3038.) Entwicklung eines Spielraumförderkonzeptes für die Stadtgemeinde Bremen
Sachstand und weiteres Vorgehen
(Vorlage 1608/19)

Beschluss:

Der Senat setzt die Beratung bis zum 17. Oktober 2017 aus.

- 3039.) Bericht der Freien Hansestadt Bremen zur Haushaltslage gem. § 3 Abs. 2 Stabilitätsratsgesetz – Stabilitätsbericht 2017 (Vorlage 1609/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat beschließt den Bericht zur Haushaltslage der Freien Hansestadt Bremen 2017 gemäß § 3 Absatz 2 des Stabilitätsratsgesetzes und bittet die Senatorin für Finanzen um Zuleitung des Berichts an den Stabilitätsrat.
2. Der Senat beschließt die Mitteilung des Senats sowie deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 3040.) "Auswirkungen der Umstellung von L- auf H-Gas im Land Bremen ab 2017 auf die Heizungsanlagen öffentlicher Gebäude"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 1610/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1610/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 3041.) "Nebentätigkeiten und öffentlicher Dienst"
(Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 1611/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 09.10.2017)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 9. Oktober 2017 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 17. August 2017 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 3042.) Entwurf eines Ortsgesetzes zur Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts für die öffentliche Abfallentsorgung und Straßenreinigung im Rahmen des Projekts zur Neuorganisation der Abfallentsorgung und Straßenreinigung/Winterdienst ab dem Jahr 2018
(Vorlage 1612/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1612/19 den Entwurf des „Ortsgesetzes zur Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts für die öffentliche Abfallentsorgung und Straßenreinigung“ sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft mit der Bitte um Beschlussfassung.
2. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr gemeinsam mit dem Bericht über die Zielerreichung und finanziellen Auswirkungen hinsichtlich der Gründung zweier Gesellschaften und dem Kauf der Entsorgung Nord GmbH auch über die Konkretisierung der finanziellen Auswirkungen der Gründung der Anstalt bis Ende 2017 zu berichten.

3043.) Enterprise Europe Network EEN Bremen 2015-2020
Ko-Finanzierung für EU COSME Programm - Programm für die
Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU
(Vorlage 1613/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt der Förderung des Projektes Enterprise Europe Network EEN Bremen Phase, 2017-2018 mit einem Mittelvolumen von 328 T€ zu.
2. Der Senat beschließt, entsprechend des Beschlusses des Senats vom 29.09.15 (Aufstellung der Haushalte 2016 und 2017 sowie der Planung 2018 bis 2020, Eckwertebeschluss 2016/ 2017), die sich aus der Finanzierung Projektes Enterprise Europe Network EEN Bremen Phase 2017-2018 ergebenden Vorbelastungen für das Haushaltsjahr 2018 i.H.v. 175.000 € sowie für das Haushaltsjahr 2019 i.H.v. 33.000 € (Schlusszahlung).
3. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die für die Jahre 2019-2021 benötigten Mittel i.H.v. 329.000 € (120 T€ in 2019, 176 T€ in 2020, 33 T€ in 2021) in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen im Rahmen der Haushaltsplanung zu berücksichtigen.
4. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in ihrer nächsten Sitzung zu befassen und anschließend eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

3044.) "Gewalt bei Fußballspielen"
(Große Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 1614/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1614/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 25. August 2017 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis mit der Maßgabe folgender Änderung:

Der dritte Absatz der Antwort auf Frage 13 erhält die folgende Fassung:

„Von großer Bedeutung ist eine wirkungsvolle Fantrennung. Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten am Weser-Stadion müssen Gästefans Fußwege in Kauf nehmen, was die Gefahr von Begegnungen und situativen Konflikten erhöht. Der Senator für Inneres prüft zurzeit, ob und wie diese Situation verbessert werden kann.“